



HESSISCHER LANDTAG

02. 02. 2012

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

**Dringlicher Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
betreffend Rechtsextremismus konsequent bekämpfen -
NPD-Verbotsverfahren darf vor dem Bundesverfassungsgericht
nicht erneut scheitern**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag ist bestürzt darüber, dass der rechtsextremistische Hintergrund der Mord-Serie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) jahrelang nicht erkannt worden ist.
2. Der Landtag nimmt mit großer Sorge zur Kenntnis, dass in der rechten Szene die Gewaltbereitschaft in den letzten Jahren erheblich zugenommen hat und dies auch von Teilen der NPD und ihrer Anhänger unterstützt worden ist. Die Ermittlungen gegen die Zwickauer Terrorzelle zeigen, dass es Kontakte und Bezüge zur NPD gibt.
3. Der Landtag bekräftigt, dass die NPD auf allen Ebenen und mit allen demokratischen Mitteln bekämpft werden muss.
4. Der Landtag stellt fest, dass Zweifel daran bestehen, ob zum jetzigen Zeitpunkt alle Verfahrenshindernisse, die einem Verbot der NPD durch das Bundesverfassungsgericht entgegenstanden, ausgeräumt sind. Der Landtag ist der Ansicht, dass ein erneutes Scheitern eines Verbotsantrages von der NPD als Beleg ihrer vorgeblichen Verfassungstreue missbraucht werden könnte und daher dringend vermieden werden muss.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, bei hinreichender Wahrscheinlichkeit des Erfolges eines Verbotsantrages dessen Einreichung zu unterstützen.
6. Der Landtag fordert daher die Landesregierung dazu auf, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass Beweise für ein Verbotverfahren gesammelt, Verfahrenshindernisse beseitigt und die Erfolgsaussicht eines solchen Verfahrens geprüft werden.
7. Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, die Rolle der eigenen V-Leute kritisch zu evaluieren und diese gegebenenfalls nicht mehr zu nutzen, sollte dies für ein erfolgreiches NPD-Verbotsverfahren notwendig sein.
8. Der Landtag ist der Ansicht, dass der Kampf gegen Rechtsextremismus eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Ein NPD-Verbot ist kein Allheilmittel. Es müssen vielmehr alle Handlungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden, die bei der Prävention und dem Umgang mit Rechtsextremismus hilfreich sind.

Wiesbaden, 1. Februar 2012

Der Fraktionsvorsitzende:
Tarek Al-Wazir